

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Donnerstag, den 14. Februar 1918.

25. Jahrg.

Ein Schachzug oder ein erlösendes Wort?

Die neueste Rede des Präsidenten der nordamerikanischen Republik führt uns auf den Ausgangspunkt aller Kriegsbetrachtung zurück, auf die große Streitfrage: Friedenszwang oder Friedensverständigung? Wir haben es soeben erlebt, daß das militärisch völlig zusammengebrochene Rußland sich zwar zur Beendigung des Kriegszustandes, nicht aber zum Abschluß eines Friedensvertrages zwingen läßt, den es für annexionsmäßig erklärt. Wir haben schon oft, aber stets ohne Erfolg an dieser Stelle an die Anhänger eines Zwangsfriedens die Frage gerichtet, wie sie sich die Erzwingung eines Friedens mit Amerika denken. Herr Wilson sagt, daß der Transport amerikanischer Truppen an die Westfront beschleunigt werden soll, und wir zweifeln nicht daran, daß auch ihr Anprall auf unüberwindlichen Widerstand stoßen wird. Aber wir können, so oft wir wollen, amerikanische Heere auf europäischem Boden schlagen: zum Frieden zwingen können wir Amerika damit nicht. Das können wir ebensowenig, wie Amerika Deutschland zum Frieden zwingen kann. Immer wieder erinnert man sich an ein Wort, das Wilson, als er noch mit Deutschland im Frieden lebte, gesprochen hat und das, wie kein zweites von ihm, Widerhall in Deutschland fand: „Wenn man einander nicht überwinden kann, muß man sich miteinander verständigen.“

Was kann die neue Wilson-Botschaft zu dieser Verständigung beitragen? Sie ist zweifellos in der Form höchst friedlich und gemäßigt gehalten, läßt aber noch die Möglichkeit offen, daß der Krieg mit aller Kraft fortzuführen sei. Wie so viele Reden der Staatsmänner ist sie Friedensinstrument und Kriegsmittel zugleich. Als Kriegsmittel wirkt sie zwischen Oesterreich und Deutschland einen Keil zu treiben und die Gegensätze in Deutschland selbst zu vertiefen. Man kann darauf mit Einigkeitserklärungen antworten, aber man darf dabei doch nicht übersehen, daß Unterschiede zwischen der deutschen und der österreichischen Politik sowie Gegensätze in Deutschland tatsächlich bestehen.

Sinter der Einheit der militärischen Front steht also nicht die gleiche Einheit der politischen Front. Sie besteht nur so weit, als es sich um die Verteidigung handelt, darüber hinaus scheiden sich die Geister. An der Rede des Grafen Hertling vom 24. Januar ist auch in der deutschen Presse Kritik geübt worden und auch ihr ist der Unterschied zwischen der Tonart Hertlings und jener Czernins aufgefallen. Andererseits ist nicht denkbar, daß Graf Czernin seine Erklärung, in der eine gemeinsame österreichisch-amerikanische Friedensvermittlung anbotet, in gewolltem und bewußtem Gegensatz zur deutschen Reichsregierung abgegeben hat, viel eher ist anzunehmen, daß er im Einverständnis mit ihr handelte. Zwischen der deutschen Regierung, die Wilson so unfeindlich behandelt, und der österreichischen, von der er so freundlich spricht, besteht doch unauflösbar eine enge Verbindung. So wenig Oesterreich bloß ein Satrap des deutschen Willens ist, so wenig kann Deutschland Oesterreichs Friedensbestrebungen völlig fernhalten. Vorverhandlungen zwischen Oesterreich und Amerika können den allgemeinen Frieden zwischen dem Vierbund und der Entente einleiten.

Vielleicht würden solche Vorverhandlungen dazu führen, den schärfsten Gegensatz zwischen Hertling und Wilson zu beseitigen, der darin besteht, daß Hertling mit den einzelnen Gegnern über die Fragen, die sie betreffen, einzeln verhandeln will, während Wilson eine Gesamtregelung aller Verhältnisse durch eine allgemeine Friedenskonferenz anstrebt. Wir können nicht oft genug wiederholen, daß einer solchen allgemeinen Konferenz nichts im Wege steht, da das ganze deutsche Volk bereit ist, Ansprüche eines gegnerischen Imperialismus auf deutschen Besitzstand mit allen Mitteln zurückzuweisen, die Befriedigung annexionsmäßiger Wünsche aber nicht im Willen des deutschen Volkes liegt und eine Verlängerung des Krieges nicht rechtfertigen kann. In der Verteidigung gegen fremden Annexionsismus geschlossen, in seiner überwältigenden Mehrheit heimischen Annexionsbestrebungen widerstrebend, so steht das deutsche Volk da und harret ungeduldig einer Regierung, die es dem allgemeinen Frieden entgegenführt.

Die vier Prinzipien, die Wilson für den Friedensschluß aufstellt, können in ihrer allgemeinen Fassung auch allgemeine Zustimmung finden. Bei dem Versuch, sie durchzuführen, werden sich aber sofort die Gegensätze der einander bekämpfenden Imperialismen bemerkbar machen. Jede Partei ist zur Anerkennung der schönsten Grundzüge bereit, aber jede möchte dabei doch auch einen kleinen oder einen größeren weltpolitischen Extraprofit herausklopfen. Solche Hintergedanken müssen auf allen Seiten ausgegeben werden, wenn in absehbarer Zeit der Frieden zustande kommen soll.

Wilson sagt: „Ein allgemeiner Friede auf derartiger Basis kann sofort besprochen werden. Aber bis dahin können wir nichts anderes tun, als weiterkämpfen.“ Es handelt sich also zunächst um die Feststellung, ob die deutsche Regierung bereit ist, einen allgemeinen Frieden auf derartigen Grundzüge zu besprechen. Bei dieser Besprechung warüber sich

dann auch herausstellen, ob Wilson recht hat, wenn er behauptet, das Hindernis für einen Frieden nach gerechten Grundsätzen, wobei „das Bestehende, soweit das ohne allzu große Schwierigkeiten möglich ist, beibehalten werden soll“, wirklich nur bei den Alldeutschen und nicht etwa auch bei den Allengländern und den Allfranzosen liegt.

Oder vielleicht auch bei den Allpolen, deren auffällige Begünstigung durch Wilson nicht außer acht gelassen werden kann!

Aber die Schwierigkeiten eines Friedensschlusses werden nie überwunden werden, solange man nicht auf beiden Seiten einseht, daß man einander nicht überwinden kann und sich daher miteinander verständigen muß! Und darum muß durch ein entsprechendes Verhalten von deutscher Seite festgestellt werden, ob Wilsons Wort, einer sofortigen Friedensbesprechung stehe nichts im Wege, nur ein diplomatischer Schachzug oder wirklich das erlösende Wort für die Menschheit ist. Die deutsche Antwort soll und darf nicht anders lauten als so:

Zu Friedensbesprechungen sind auch wir sofort bereit!

Die „Nieuwe Courant“ schreibt: Im allgemeinen ist die Botschaft Wilsons von verständlichem Geiste befeelt. Sie enthält kein Wort des Hasses und betont nachdrücklich, daß sie auch keine Bedrohung sein will. In dieser Hinsicht steht sie im deutlichen Gegensatz zu der Erklärung von Versailles. Wilson konstruiert einen Konflikt zwischen dem Kanzler und der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Wir bezweifeln, ob er dies mit Recht tut. Aufrichtige Friedensfreunde in Deutschland versichern, daß er unzweifelhaft auf der Grundlage dieser Resolution steht, daß keine Rede davon ist, daß er sich an die Militärpartei gekettet hat.

„Allgemein Handelsblatt“ schreibt: Die Botschaft des Präsidenten Wilson gibt Grundlagen an, die in jedem Lande besprochen und angenommen werden und als allgemeine Regel für Verhandlungen gelten können. Ist sich nicht nur Hertling, sondern sind sich auch Lloyd George, Clemenceau und Sonnino bewußt, daß sie vor dem Forum der Menschheit sprechen, die verlangt, daß endlich das Ende des Marasmus des Auswüchters und Nordens kommt?

Fortsetzung der Redeschlacht.

Nach Wilson Lloyd George.

Im Anschluß an die bei der Wiedereröffnung der Sitzungen des englischen Parlaments gehaltenen Thronrede kam es im Unterhaus zu einer Auseinandersetzung zwischen dem früheren Premierminister Asquith und dem redogewaltigen Lloyd George, der ihn aus dem höchsten Amte des Landes verdrängt hat. Asquith verlangte keine Auskunft über die militärischen Angelegenheiten, sagte aber an den Premierminister eine Anfrage über die Erweiterung der Vollmachten des Versailles Kriegsrates.

Lloyd George sagte in seiner Erwiderung, er halte sich im Namen der ganzen Regierung an die Erklärung, die er vor einigen Wochen dem Vertreter der Arbeiterpartei gegenüber abgegeben habe. „Zwar besteht der Form nach ein großer Unterschied zwischen der Rede Czernins und der Rede Hertlings, aber dem Inhalt nach decken sie sich vollkommen; denn beide sind unerquicklich und hart wie Stahl.“ In den Reden werden Mesopotamien, Palästina und Arabien Belgien gleichgestellt. Sie müssen zurückgegeben werden unter den gleichen Bedingungen, wie Deutschland Belgien wiederherstellen wird. Ueber Italien sagte Graf Czernin bloß, daß das Anerbieten, das vor Kriegsausbruch Italien gestellt wurde, jetzt rückgängig gemacht worden ist. Ueber die tschechische Bevölkerung Oesterreichs war die einzige Antwort diese, daß weder Wilson noch die Entente etwas mit dieser Regelung zu tun hätten. Es ist schwierig, anzunehmen, daß es dem Grafen Hertling bezüglich einiger Forderungen die er stellte, ernst ist. Seine Forderung, daß England seine Kohlenstationen in der ganzen Welt aufgeben müsse, ist lächerlich. Besonders Deutschland kann, da seine Flotte von diesen Kohlenstationen profitiert, wenig daran aussetzen haben. Lloyd George gab eine Uebersicht der Besuche der deutschen Flotte und deutschen Schiffe in diesen Stationen und betonte nachdrücklich, daß diese Schiffe genau dieselben Bequemlichkeiten genossen hätten, wie britische Handels- oder Marinefahrzeuge.

Bezüglich des Kriegsrates in Versailles sagte Lloyd George, daß er die ausgedehnten Funktionen dieses Rates nicht auseinandersehen könne, ohne zu gleicher Zeit zu sagen, was die Beschlüsse, die in Versailles gefaßt worden sind, tatsächlich enthalten. Er weigerte sich, etwas mitzuteilen, was dem Feinde eine willkommene Erläuterung sein könne. Das Auftreten Deutschlands Rußland gegenüber beweise, daß die Erklärungen über einen Frieden ohne Einverleibungen und ohne Kontributionen keinen tatsächlichen Wert haben. „Bezüglich Polens und der berechtigten Forderungen Frankreichs wegen der verlorenen Provinzen“, sagte er, „hat Deutschland noch keine Antwort gegeben, ebenso wenig wie über die Bevölkerung italienischer Rasse und italienischer Sprache, die sich jetzt unter österreichischer Gewalt befindet. Falls man über die Türkei redet, so beweisen die Worte des Grafen Hertling und des Grafen Czernin, daß sie bereit sind, die Rechte der Araber in Mesopotamien und Arabien anzuerkennen. Es heißt dieses Recht tatsächlich verneinen, wenn sie erklären, sie seien entschlossen, die Unverletzlichkeit der Türkei aufrechtzuerhalten. Ich möchte gern, daß irgendein Abgeordneter aus beiden Reden etwas herausliest, das er als Beweis ansetzen könnte, daß die Mittelmächte bereit sind, einen Frieden zu schließen unter Bedingungen, die man als gerechtfertigt und redlich ansehen kann. Die englische Regierung wird sich an die Kriegsziele, die sie sich gestellt hat, halten. Alles weist darauf hin, daß die Ration als Ganzes die Erklärung als gerecht und gemäßigt angenommen hat. Solange nicht bewiesen ist, was in den Reden von Hertling und Czernin nicht gesagt, daß die Mittelmächte bereit sind, diese Ziele zu erwägen, wird es unsere traurige Pflicht sein, zurückzuhalten und für die Vorbereitungen zu sorgen, die not-

wendig sind, um dem Recht in der Welt zum Siege zu verhelfen.“

Asquith stellte mir eine Frage bezüglich des Versailles Kriegsrates. Es ist vollkommen richtig: Als ich im November vorher kam nach der Zusammenkunft von Rapallo und dem Hause mitteilte, daß ein interalliiertes Rat errichtet worden ist zu dem Zweck, Einheit in die Strategie der Alliierten zu bringen, damals habe ich erklärt, daß es nicht in der Absicht der Alliierten liege, diesem Rat irgendwelche führenden Funktionen zu geben. Was ist geschehen, seitdem Rußland aufgehört zu kämpfen? Trotz meines Versprechens an Rußland ist Deutschland damit beschäftigt, seine Divisionen nach dem Westen zu bringen, soweit seine Eisenbahnen es ermöglichen. Der Rat von Versailles hatte den neuen Zustand zu erwägen, der durch die Verschiebung des Uebergewichts der Alliierten im Westen entstanden ist. Es war unsere Aufgabe in Versailles, über die besten Mittel, um in dieser neuen Lage Abhilfe zu bringen, zu beraten. Der Feind hat außerdem das riesige Eisenbahnetz zu Diensten, mit Hilfe dessen er, wo er will, aufzubrechen kann. Es war deshalb nötig, Maßnahmen zu treffen, wodurch die Alliierten ihre sämtlichen Streitkräfte als ein geschlossenes Ganzes verwenden können, um der Gefahr, wo sie auch auftritt, Widerstand leisten zu können. Es ist selbstverständlich, daß ich im Zusammenhang mit dieser Lage keine militärischen Beschlüsse ohne große Vorsicht herühren kann. Es hängen Millionen tapferer Leben, die Ehre des Staates und die Sicherheit des Landes vielleicht von dem ab, was ich sage. Die großen Kriegsziele, die über die Zukunft der Welt entscheiden, hängen ebenfalls davon ab, und eine Information, wodurch diese Lage gefährdet würde, wäre ein unangenehmlicher Verrat. Die Beschlüsse, die in Versailles gefaßt wurden, sind einstimmig angenommen worden. Das Heer, dessen Sicherheit in allergrößtem Maße von den Ausführungen dieser Beschlüsse abhängt, ist das britische, das den wichtigsten Teil der Linien in Frankreich besetzt hält. Es geschah auf Frankreichs Veranlassung, daß die britische Armee einen größeren Teil der Verantwortlichkeit auf sich genommen hat. Asquith hat weiter die Frage des Oberbefehls des Heeres berührt. Ich muß darum bitten, daß keine Informationen von mir verlangt werden, die der Feind gern mit einer großen Geldsumme bezahlen würde, damit die Maßnahmen, welche England und die Entente zusammen beschließen haben, zum Scheitern gebracht werden können.“

Asquith unterbrach an dieser Stelle und sagte, er müsse aufs Herzigste gegen diesen insinuirenden Vorwurf protestieren. Derartige Informationen habe er gar nicht verlangt. Er habe nur wissen wollen, inwiefern der Rat in Versailles eine dauernde Tätigkeit ausüben werde.

Lloyd George bedauerte nochmals, keine Informationen erteilen zu können. „Wir haben uns nicht darauf beschränkt, die Meinung des Kriegsrates in Versailles einzuholen, sondern jeder der dort anwesenden Vertreter hat sich mit seiner Regierung in Verbindung gesetzt und erst als die Antworten dieser Regierungen eingetroffen waren, faßten wir den einstimmigen Beschluß unserer Mitteilungen auszugeben. Zu allererst haben wir die Ausdehnung der Befugnisse behandelt, darauf haben wir über die besten Methoden, die gefaßten Beschlüsse auszuführen, beraten. Aber ich muß hinzufügen, daß man Krieg führt. Es ergeben sich daher Fragen, worüber die Regierung sofort entscheiden muß. Falls das Parlament nicht damit einverstanden ist, steht der Weg offen, die Regierung zu ändern.“ Das Parlamentsmitglied Lambert unterbrach mit der Frage, ob auch Haig und Robertson die Erklärungen genehmigt hätten. Lloyd George antwortete bejahend. Diskussionen in den Blättern

der Wiederaufnahme verursachen die offiziellen Sozialisten einen Zwischenfall durch die Einbringung einer Interpellation wegen der Unterdrückung des „Avanti“ und wegen der Verhaftung des sozialistischen Parteisekretärs. Turati verurteilte die Interpellation zu begründen. Er wurde jedoch unter großem Standal vom Präsidenten daran verhindert. Orlando erklärte, daß er die Verantwortung für seine Maßregeln übernehme. Nach einer anderen Meldung nahm der Tumult einen solchen Umfang an, daß der Präsident die Sitzung fluchtartig verließ.

Wenn man die Verhandlungen der italienischen Kammer liest, dann könnte man — wenn es nicht so bitter ernst wäre — über solches Komödientenspiel lachen!

Der Balkanrien.

Entente-Drohung an Rumänien.

Wie der „Matin“ meldet, ist am Montag die rumänische Regierung von den Gefandten der Entente auf die weittragenden Folgen eines Abzweckens von der gemeinsamen Politik hingewiesen worden. Die neue rumänische Regierung hat diese Mitteilung zur Kenntnis genommen. Eine Gegenklärung wurde aber nicht abgegeben. Wie die „Morning Post“ meldet, ist der private Telegrammverkehr zwischen Großbritannien und Rumänien seit Montag eingestellt.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ein angebotener „Besuch“.

Amlich wird mitgeteilt: Oestern Dienstag, beworfen in den Mittagsstunden feindliche Flieger die offene Stadt Linz mit mehreren Bomben. Personen wurden nicht verletzt. Minderer Schaden ist nicht entstanden, dagegen einiger sonstiger Sachschaden.

Die internationale Arbeiterkonferenz.

Der Londoner Korrespondent des „Handelsblad“ meldet: Camille Huysmans teilte mit, daß der Allgemeine Bund der Gewerkschaften, der bisher noch keine bindende Auflage gemacht hatte, sich für Abhaltung einer Internationalen Konferenz in Stockholm ausgesprochen und dem Amerikanischen Arbeiterverband mitgeteilt habe, daß die Amerikaner verständlich handelten, wenn sie gegenüber der Internationalen Konferenz eine andere Stellung einnehmen.

Huysmans erklärt, daß er hoffe, die Konferenz im März in Bern abzuhalten.

Wer trägt die Schuld?

„Humanität“ druckt einen Brief des russischen Generals Samuilow ab, der, wie Huysmans meldet, den Beweis liefern soll, daß die deutsche Regierung allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich ist. Der General schreibt, er habe verschiedentlich und auch in seiner Aussage im Sukomilow-Prozess versichert, daß die Deutschen vor den Russen bereit waren, denn sie hatten den Vorteil, der geheimen Mobilmachung die in Russland nicht bestand. Er erzählte im Verlauf des Prozesses, daß er am 29. Juli 1914 bei seinem Zusammentreffen mit dem deutschen Militärattache die ihm im Ehrenwort als Chef des Generalstabs gab, daß der russische Mobilmachungsbeehl noch nicht ergangen sei. Da der Militärattache dreißig das Gegenteil behauptete, habe er ihm ein schriftliches Zementi angehört, das er ablehnte. Der Brief lautet: „Dies ist es was mich überzeugte, daß Deutschland den Krieg wollte und nur nach einem einfachen Vorwand suchte. Ich machte Sukomilow sofort davon Mitteilung. Die Mobilmachung an der deutschen Grenze fand erst am 31. Juli statt.“ Die „Humanität“ legt die dem Brief hervortretende Wichtigkeit bei, da er beweist, daß die deutsche Regierung den Krieg wollte und daß dieser Entschluß unwiderruflich war.

Das Wolische Telegramm-Bureau bemerkt dazu: Dieser Brief beweist nichts gegen die bisherige Beweisführung der deutschen Presse. General Samuilow hat nach seiner eigenen Aussage im Sukomilow-Prozess bei dem Gespräch mit dem deutschen Militärattache den vom Zaren bereits unterschriebenen Mobilmachungsbeehl in der Tasche gehabt, und die späteren Ereignisse haben gezeigt, daß Marow, Eggeking nur aus im Recht war, als er auf das ihm angebotene Ehrenwort keinen Wert legte. Mobilmachungsmaßnahmen der Russen waren schon vom 24. Juli an im Gange.

Politische Rundschau.

Deutschland.

In der verstärkten Staatshaushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses

Am es am Dienstag zunächst abermals zu einer lebhaften Zensurdebatte. Genosse Haenisch brachte die Art und Weise zur Sprache, in der die Zensurstelle des Oberkommandos in den Marken mit den Zeitungsberichten über die Verhandlungen der Kommission vom letzten Freitag umgesprungen ist. Diese Verhandlungen hatten bekanntlich in erster Linie die Streifbewegung betroffen. Genosse Haenisch teilte mit, daß durch eine Befragung des Oberkommandos in den Marken allen Berliner Blättern die Wiedergabe der Ausführungen des Genossen Braun rindweg verboten worden sei, während die Provinzpresse darüber vielfach sehr ausführliche Berichte hätte bringen dürfen. Dem „Vorwärts“ sei der ganze Bericht verboten worden, trotzdem in ihm alle Schärpen der Debatte mit voller Abicht von vornherein ausgemerzt worden seien. Genosse Haenisch legte scharfen Protest gegen eine solche Behandlung parlamentarischer Kommissionsberichte durch die Zensur ein. Er müsse die verfassungskonforme Zulässigkeit derartiger Zensurmaßnahmen grundsätzlich bestritten. Er erwarte, daß im Interesse des Ansehens des Parlaments sich alle Fraktionen diesem Protest anschließen und daß der Minister des Innern sofort beim Oberkommando die ernstesten Forderungen erheben würde, um die Zurückhaltung ähnlicher unwürdiger Vorgänge unmöglich zu machen.

Aus dem Hause stimmten die Abgg. Ca sel (Zsp.) und Dr. Schumann (Natlib.) den Ausführungen des Genossen Haenisch zu, während die Herren v. Kessel (Kont.) und Dr. Kewold (Freizon.) mehr oder minder das Vorgehen der Zensurstelle zu verteidigen versuchten. Der Minister des Innern erklärte, ihm seien diese neuesten Zensurmaßnahmen bisher völlig unbekannt geblieben, er selbst sei der Meinung, daß objektive Berichte über die Kommissionsverhandlungen, Berichte, die sich von Serbierung freihielten, ungehindert erscheinen sollten. Er werde in diesem Sinne seine Auffassung beim Oberkommando sofort geltend machen, eine direkte Einwirkung auf dessen Beschlüsse strebe ihm aber bekanntlich nicht zu.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 14. Febr. (Amlich.)

Westlicher Kriegsausflug.

Engländer und Franzosen setzten an vielen Stellen der Front ihre Erkundungen fort. Nördlich von Lens und in der Champagne kam es dabei zu heftigen Kämpfen. An einem vorstürmenden Teil unserer Stellung südlich von Tahure haben sich die Franzosen festgesetzt.

Eigene Infanterie brachte in Flandern und auf den Maashöhen Gefangene etc.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Im weiteren Verlaufe der Debatte brachte Genosse Haenisch die Art und Weise zur Sprache, in der der Landrat von Swinemünde in einem amtlichen Schriftstück die Reichstagsmehrheit beschimpft und Propaganda für die Vaterlandspartei getrieben habe. Herr Kessel schloß sich der Verurteilung des ungläubigen Verhaltens des Landrats rückhaltlos an. Der Minister des Innern machte auch seinerseits aus seiner Mißbilligung kein Hehl. Uebri-gens sei der Landrat inzwischen bereits aus seinem Amte geschieden.

Aus der Verfassungskommission des preuß. Abgeordnetenhauses.

Die Verfassungskommission hat am Mittwoch die Vorlage über die Zusammensetzung des Herrenhauses in erster Lesung zu Ende beraten. Bezüglich der Vertretung der Angestellten wurde beschlossen, daß zur Vornahme der Präsentation der Vertreter der Angestellten aus den Vertrauensmännern der Versicherten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Präsentationskörper gebildet werden. Die Bildung der Präsentationskörper und die Bestimmung der Zahl der von den einzelnen Körpern zu präsentierenden Mitglieder erfolgt durch königliche Verordnung. Die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe sind ermächtigt, für die Ausübung des Präsentationsrechts weitere Vorschriften zu erlassen.

Ferner beschloß die Kommission, daß das Gesetz gleichzeitig mit dem Gesetz betr. die Wahl zum Hause der Abgeordneten in Kraft tritt.

Ueber alle anderen Anträge, besonders auch über einen fortschrittlichen Antrag, der dem Könige das Recht gibt, die Mitgliedschaft derjenigen Mitglieder des Herrenhauses aufzuheben, welche auf Präsentation berufen worden sind, wurde die Abstimmung ausgefällt.

Am Donnerstag soll die Beratung der eigentlichen Wahlrechtsvorlage beginnen. Hierzu sind bereits eine große Reihe von Anträgen eingereicht. Das sozialdemokratische Mitglied beantragt, den grundlegenden § 1 folgendermaßen zu fassen: Wahlberechtigt zum Hause der Abgeordneten ist jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts in der preussischen Gemeinde, in der er seinen Wohnsitz hat, nach Vollendung des 20. Lebensjahres. Im Fall der Ablehnung dieses Antrags beantragt der Vertreter der Sozialdemokraten Streichung der Bestimmungen, die die dreijährige Staatszugehörigkeit und den einjährigen Wohnsitz in der Gemeinde verlangen, sowie die Streichung der Ausnahmerebestimmung für Berlin.

Umgekehrt fordern die Konservativen eine weitere wesentliche Einschränkung des Wahlrechts. Zunächst haben sie beantragt, daß nur derjenige wahlberechtigt ist, der seit drei Jahren seinen Wohnsitz oder Aufenthalt in derselben Gemeinde hat. Weiter wollen sie vom Wahlrecht dauernd ausschließen alle diejenigen, die wegen Diebstahls, Betrug, gewerbsmäßiger Fehlfahrt, Unterschlagung, Fälschung von Urkunden, Wahlbestechung, Wucher oder Falschheit rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe mit mehr als drei Monaten verurteilt sind oder gegen die gemäß § 362 des Reichsstrafgesetzbuches wegen Betrugs oder Landfriedens auf Verurteilung an die Landespolizeibehörde erkannt ist. Auf die Dauer von fünf Jahren sollen vom Rechte, zu wählen, ausgeschlossen werden Personen, die wegen verkehrswidriger Befeldigung, vorläufiger Mißhandlung oder Landfriedensbruch zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahre rechtskräftig verurteilt worden sind.

Außerdem sind weitere Anträge angekündigt, die das Wahlrecht auf berufsmäßiger Grundlage aufbauen bezw. ein Wahlrecht einführen wollen. Hiernach ist schon jetzt mit einer sehr langen Dauer der Verhandlungen in der Kommission zu rechnen.

Auch eine fortschrittliche Kandidatur in Niederbarnim.

Wie das „B. T.“ erzählt, hat die Fortschrittliche Volkspartei auf Grund des seit 1912 geltenden Wahlkompromisses mit den Nationalliberalen das Vorstandsmittglied des Eisenbahnerverbandes Hoffmann-Lichtenberg als Kandidaten für die Reichstagswahlwahl in Niederbarnim aufgestellt. — Nach einer bisher unwiderprochenen, auch von uns wiedergegebenen Meldung haben die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten, den Stadtrat Marekly aufgestellt. Danach scheint das Verhältnis zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen im Wahlkreis reichlich ungeklärt zu sein.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 14. Februar.

Von der Uebergangswirtschaft.

Brachte schon der Eintritt in die Kriegswirtschaft im Anfange des Krieges schwere Lähmungen des Wirtschaftslebens, so wird der Uebergang zur Friedenswirtschaft das Volk vor ungleich schwerere Probleme stellen.

Daß eine so verhältnismäßig schnelle Anpassung der Produktion an die durch den Krieg geschaffene Lage erfolgen würde, hat wohl kein Mensch für möglich gehalten. Der Uebergang zur Friedenswirtschaft bietet eine Anzahl Faktoren, die fest in Rechnung gestellt werden können, so daß sich schon hieraus ein klareres Bild gewinnen läßt als wie es über die Kriegswirtschaft vor Beginn des Feldzuges möglich war. Allseitig wird anerkannt, daß es unmöglich sein wird, die Ueberleitung zur Friedenswirtschaft dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Wie es dem kapitalistischen System nur möglich war unter Preisgabe großer Teile seiner Grundlage dem Volke im Kriege die Existenzmöglichkeit zu sichern, und selbst diese nur ganz unvollkommen, so wird dieses System noch viel weniger vermögen, die Uebergangswirtschaft zum Frieden zu regeln. Staatlicher Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen wird allseitig für nötig erachtet, wenn auch über das Maß des Eingriffes die Ansichten sehr weit auseinandergehen. Die Vertreter des Großhandels wünschen, wie durch einen Ausschuss des Generaldirektors der Aktiengesellschaft Deutscher Eisenhandel, Kommerzienrat Luffig, über die Beberkung des Großhandels für die Uebergangswirtschaft fund wird, freie Entfaltung des Handels, jedoch mit der Verpflichtung nur an eine Verteilungszentrale zu liefern. Unter Beteiligung der Schifffahrt sollen sich bestimmte

Berufsgruppen zusammenschließen, um sich an der Organisation der Einkaufs- und Verteilungshandlung zu beteiligen, jedoch unter Wahrung der freien Selbstverwaltung und des „weitestgehenden Einflusses auf die Preisregulierung“. Das ist ja die Hauptsache. Wenn auch das freie Spiel der Kräfte nicht in vollem Umfange aufrechtzuerhalten ist, der Profit darf unter keinen Umständen zu kurz kommen. Andre Zirkel halten jedoch eine weitgehende Einschränkung des kapitalistischen Systems für unbedingt geboten. Ausgeprägtere Staatsaufsicht und größere Beschränkung des freien Handels wird von dieser Seite gefordert. Bei all diesen verschiedenen Ansichten, die natürlich noch in Einzelheiten abzuweihen, besteht jedoch Einigkeit darüber, daß die Einfuhr rationiert und eine vorsichtige Arbeitspolitik betrieben werden muß. Die „überflüssige Zufuhr soll gehemmt“ und nach genauer Abwägung nur das notwendigste an Rohstoffen und Fertigwaren eingeführt werden. Auch der Nahrungsmittelzufuhr sollen späterhin noch Schranken auferlegt und nach Möglichkeit nur das dringendste, wie Fett und Mehl, aus dem Auslande bezogen werden. Wir glauben schon, daß sich diese Politik durchsetzen wird, nur wollen wir keinen Zweifel lassen, daß sie nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Deshalb muß die Beschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln auf das entchiedenste beschränkt werden. Die staatliche Einrichtung soll benutzt werden, die Preise hoch zu halten, denn über das, was angemessene Preise sind, gehen die Ansichten Himmelweit auseinander!

Das Schuhzollsystem wird in dem Bericht der Bankfirma Arnold in Dresden, dem wir die Angaben entnehmen, als veraltet hingestellt, dagegen werden, da es ohne Extraprofite und Liebesgaben für die Landwirtschaft nicht abgeht, Produktionsprämiens zur Einführung empfohlen.

Dem Arbeitsmarkt sollen Behörden und interessierte Kreise eingehende Aufmerksamkeit schenken. Die Entlassung aus dem Heere soll langsam erfolgen. Um eine richtige Verteilung der Arbeitskräfte zu erreichen, sollen die Arbeitsnachweise reorganisiert und sorgsam ausgebaut werden, ohne daß Ueberangebot und demzufolge zu starke Lohnsenkung eintreten. Wohlverstanden: Je starke Lohnsenkungen müssen verhindert werden, denn das würde zu schweren Kämpfen führen. Aber sonst können ja die Arbeiter einen tüchtigen Puff vertragen, wie die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse beweisen. Der Gedanke, die Uebergangswirtschaft auszubauen, ist vom Standpunkte des Kapitalisten gesehen, gut durchdacht. Den Interessen der Arbeiter lauten aber diese Pläne zu einem großen Teile kritik entgegen. Allerdings sind auch wir der Ansicht, daß die Beibehaltung des kapitalistischen Systems ohne jede Einschränkung für die Uebergangswirtschaft ein offenkundiger Irrtum wäre. Wir halten aber die Beibehaltung des ganzen Systems für das Beste, was zum Wohle der Gesamtheit zu geschehen hätte. Voraussetzung für die Lösung der Probleme im Interesse der Allgemeinheit ist jedoch nur eine weitgehende Demokratisierung des Staates, damit es der arbeitenden Bevölkerung möglich gemacht wird, einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung zu erlangen.

Die Normalernährung.

Wer dem Kriege erlitten die Schiffmannschaften der deutschen Marine in den heimischen Häfen eine Normalernährung, die laut Vorschritt aus folgenden Nahrungsmitteln für Kopf und Woche bestand:

800 Gramm Rindfleisch	3000 Gramm Kartoffeln
750 „ Schweinefleisch	340 „ Zucker
800 „ Hammelfleisch	5250 „ Brot
150 „ Reis	455 „ Butter
300 „ Bohnen	105 „ Salz
300 „ Erbsen	105 „ Caffee
500 „ Weizenmehl	17,5 „ Tee
200 „ Backpulver	0,1 Liter Essig

Natürlich sind vor der Festsetzung dieses Quantum an Nahrungsmitteln sorgfältige Untersuchungen von Vorkosten darüber anzustellen, was ein Mann wöchentlich zum Leben und zur Erhaltung seiner Arbeitskraft braucht. Auf Grund dieser Gutachten sind dann diese Vorschriften für die Normalernährung erlassen worden.

Damit vergleicht man, was wir heute normaler Weise erhalten. Wird man dann auch noch sagen: „Wir (d. h. die Allgemeinheit) haben vor dem Kriege viel zu gut gelebt: die heutige knappe Lebensweise ist unserem Körper sehr dienlich“?

Knochenverkauf in der Markthalle. Der zweite Verkauf von Knochen auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 28. Dezember 1917, betreffend die Regelung des Verkaufs von frischen Knochen, Rippen, usw. findet am Freitag, dem 15. d. Mts., vormittags 8^{1/2} bis 12 Uhr statt (siehe die Bekanntmachung des Polizeiamtes im amtlichen Teil dieser Nummer) und zwar für die Knochenbezugskarten Nr. 1061 bis 2000. Ein freihändiger Verkauf etwa übrig bleibender Knochen findet im Hinblick auf eine gleichmäßige Versorgung der Bezugsberechtigten nicht statt.

Vieh- und Kaninchenzählung am 1. März 1918. Zur Viehzählung am 1. März 1918 hat der Bundesrat eine Ausführungsverordnung erlassen, die eine Zählung der im Deutschen Reich vorhandenen zahmen Kaninchen anordnet. Diese Feststellung geschieht im Interesse der Heeresverwaltung, weil die Felle der Kaninchen in steigendem Maße für den Kriegszweck Bedeutung gewinnen. Da eine besondere Zählung zeitig nur mit großer Schwierigkeiten durchführbar sein würde, erließen es angezählt, sie mit der am 1. März 1918 vorgeschriebenen allgemeinen Viehzählung zu verbinden.

Die Deutsche Dichter-Gedächtnisstiftung trat gestern erstmalig in Lübeck mit einer größeren Veranstaltung an die Öffentlichkeit. Aus diesem Anlaß widmete Herr Schulrat Prof. Dr. W. H. Gram der Stiftung einige ehrende und anerkennende Worte für ihre dankenswerte Tätigkeit. Während des Krieges hat sie rund 700 000 Bücher an Lazarette, Truppenteile, Wachkommandos und die in aller Welt verstreuten deutschen Kriegsgesangenen unentgeltlich abgegeben — eine gewaltige Zahl! In rund 4 Millionen Büchern hat sie ferner seit ihrer Gründung dem deutschen Volke zu billigen Preisen Verlen unserer Meister vermittelt. Nun sei sie auch an die Öffentlichkeit herangetreten, um durch das gesprochene und gesungene Wort einen größeren Kreis vertraut zu machen mit so manchem unserer Dichter. — Der geistige Abend war Hermann Löns, dem als Opfer des Weltkrieges gefallenen prächtigen Schilder der niederdeutschen Pflanzen- und Tierwelt, gewidmet. In kurzen Zügen entrollte Herr Professor Dr. Werner Deetjen, Direktor der Großherzoglichen Bibliothek in Weimar, ein Bild von dem Leben und Wirken des Dichters und seiner feinsinnigen Beobachtungsgabe, sowie seiner innigen Vertrautheit mit den Leuten seiner niederdeutschen Heimat. Eine Reihe einfach und schlicht vorgetragen Regitationen aus den Werken Löns durch Herrn Dr. Deetjen vervollständigten das Verständnis für das Wirken des Dichters. Ganz besonders gefielen uns die Regitationen: „Um die Menschen“, „Hofdamen“, und „Jehud“. Herr Georg Göhrer-Hamburg hat eine Reihe Lönscher Dichtungen vertont; sie wurden von Frau Martha Brehling-Wülsten aus Hamburg in feinsinniger Weise zu Gehör gebracht; hier seien erwähnt „Das bittere Lied“, „Das Geheimnis“, „Das Blätterenspiel“ und das reizende „Hedenkind“. Begleitet wurde die über ein heiliges Organ von

Angabe Sängerin von Fr. Margarethe Bülling, hier. Der lebhafteste Beifall der zahlreich erschienenen galt nicht nur den Darbietungen, sondern auch dem Dichter und den Leitern der Dichtergesellschaft. Es war eine würdige, erhebende Feste!

pb. Abgefahrt. Ermittelt und festgenommen wurde ein Händler aus Hamburg, als dieser hier mit einem Koffer und einem Beutel mit Geld, Wurst und Fleisch umherging, um die Sachen nach Hamburg zu bringen. Das Fleisch und das Geld will der Festgenommene von einem Unbekannten am Hafen gekauft haben, es konnte festgestellt werden, daß dieses im hiesigen Schlaachhause gestohlen worden ist.

ph. Wegen Fundunterdrückung wurde eine Wärterin zur Anzeige gebracht, die etwa 8 Tage vor Weihnachten im Lichtspieltheater einen grauen Damenpeltagen gefunden und für sich behalten hat. Der Pelzträger befindet sich im Bureau der Kriminalpolizei. Dort kann er von der rechtmäßigen Eigentümerin in Empfang genommen werden.

pt. Abhanden gekommen und heimlich gestohlen ist ein vor einem Hause in der Kaiser-Wilhelm-Straße hingestellt gewesener Zink-Akzessor. In dem Felle ist der Name Viktor eingegraben sowie auch die Buchstaben T. K. S. Der Eigentümer hofft für die Wiedererlangung des Akzessors eine Belohnung zu erhalten.

Schwartz. „Billige Kartoffeln.“ Die durch den Landesverband der Bevölkerung zugestellten Kartoffeln kosten hier pro Zentner 10,50 Mark. Das ist ein so unerhöht hoher Preis — über dessen Berechtigung der Landesverband der Bevölkerung doch zum mindesten nähere Aufklärung schuldig wäre —, daß wir unseren Freunden anraten möchten, die Angelegenheit dem Ministerium in Oldenburg und gleichzeitig dem Kriegswirtschaftsamt in Berlin zur näheren Untersuchung zu unterbreiten. Vielleicht kann insbesondere die letztere Stelle dazu einmal in die Geschäftspraktiken des Landesverbandes hineinsehen.

Cutin. In unserem Stadtparlament bewilligte man in der Sitzung am Dienstag den hiesigen Beamten die entzogene Kriegszulage, wie sie laut Gesetz den Staatsbeamten für die Zeit vom 1. September 1917 bis Ende 1918 gewährt wird. Den auf die Stadt Cutin entfallenden Beitrag zur Handwerkskammer in Höhe von 474 Mk. wird die Stadtkasse tragen. Dem Hausfrauenverein wird eine Beihilfe von 50 Mk. gewährt. In den Realschulorfsstand wurden gewählt die Stadtverordneten Krügel, Offermann, Stadt und aus der Bürgererschaft Gerichtsratin Haber und Hofgarteninspektor Oth. In der Provinzialrat wurden Bürgermeister Maßfeld (Vertreter Stadtvorstand Kehl), Stadtverordneter Krügel (Vertreter Markt), Ratsherr Grotz (Vertreter Stadtvorstand Giers), Ratsherr Klood (Vertreter Stadtvorstand Kehl) gewählt. Beschlossen wurde Johann den Gaspreis um 1. Januar 1918 auf 25 Pf. per Kubikmeter zu erhöhen. Die Stadtvertretung beschloß Johann, den durch den Krieg hart betroffenen Cutiner Handwerker eine besondere Fürsorge durch Aufnahme eines Kapitals mit Hilfe der Sparkasse und des Landesverbandes angedenken zu lassen zur Anschaffung von Rohmaterialien bei mäßiger Verzinsung und bequemer Abtragung. Zur Ausführung wurde eine 5gliedrige Kommission gewählt. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Aufstellung der Vorschläge für 1918. Der Vorschlag der Stadtkasse wurde in Einnahme mit 265 804 Mk. beschlossen, in Ausgabe mit 263 892 Mk., der Realoffiziere in Einnahme mit 120 668 Mk., in Ausgabe mit 119 772 Mk., Schulleute (Vorschule) Einnahme 70 668 Mk., Ausgabe 59 691 Mk., Armenrat: Einnahme 19 435 Mk., Ausgabe 19 267 Mk., Gasanstalt: Einnahme 126 503 Mk., Ausgabe 125 591 Mk., Wasserwerk: Einnahme 24 749 Mk., Ausgabe 24 135 Mk., Krankenhaus: Einnahme 29 454 Mk., Ausgabe 29 454 Mk., Straßenreinigung: Einnahme 18 441 Mk., Ausgabe 18 017 Mk. Der Betrag der Besoldung und Stipendien belief sich am 1. November 1917 auf 195 880 Mk.

Eckardt. Eine Feuersbrunst überfiel hier das Wohn- und Viehhaus der Kaufmannsrau Schumann Kaschinger ein.

Reck. Großfeuer. Mittags morgen gegen 3 Uhr entstand in dem umfangreichen Gemäße der Raffinerie 2. Seltner ein Feuer, das einen Teil der zur Fabrik gehörenden Gebäude vernichtete. Auch das Wohnhaus ist vom Feuer und den eingestürzten Mauerresten stark beschädigt worden. Entstanden ist das Feuer in der Küchenkammer. Ein großer Teil der wertvollen Maschinen konnte gerettet werden, ebenfalls die in dem Wohnhaus befindlichen Mobilien.

Dambur. Traurige Folgen eines Streiks. Am Schlußtag in der letzten Woche mehrere Arbeiter während der Arbeit in der Fabrik. Der Arbeiter Rotterke ist einer Revolte und brachte seinen Schwager Red durch drei Schüsse tot nieder. Rotterke flüchtete.

Dambur. Papiermangel — Papierersatzwendung! Ein neuer Geschäftsmann schreibt dem „Fasch“: „Die Kosten in ihrer heutigen Aufgabe über Papiermangel und jetzt erhöht worden durch die Roh einen Blick zuwenden, der aus der Deutschen Vaterlandspartei kommt. Ich nehme an, daß solches Zeug in Massen vertrieben worden ist. Da kann man doch nicht den Papiermangel beheben? ... Es ist wirklich so, als ob wieder Papier die

jenen Helden das Maul nicht mehr stopfen soll.“ Nicht nur die Propaganda der Vaterlandspartei leidet an keinem Papiermangel, auch das in Berlin neu herausgekommene Lügenblatt, das sich „Arbeiter-Schutz-Zeitung“ nennt und eigentl. zu dem Zwecke gegründet scheint, die Arbeiter wegen der jüngsten Streiks der Partei und den Bemerklichkeiten abendfüllig zu machen, ist ein Beweis dafür, daß es für gewisse Zwecke noch immer Papier in Hülle und Fülle gibt.

Utowa. Aus dem Fenster gestürzt. Die in der Guitavstraße 89 wohnende Ehefrau Bau hatte ihr 1 1/2 Jahre altes Söhnchen Walter auf den Küchentisch gesetzt, um es zu entkleiden. Als die Mutter für kurze Zeit hinausging, fiel der Kleine gegen das Küchenfenster; dieses zerbrach, und das Kind stürzte in den Hof hinab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde es nach dem Krankenhaus gebracht.

Varatheide. Zu dem Raubmordversuch bei Delingstedt ist mitzuteilen, daß der Reiarungspräsident auf die Erziehung des Täters 500 Belohnung ausgesetzt hat. Die Frau Dabert hat sich etwas erholt und ist ins Marienkrankenhaus in Hamburg gebracht worden. Der Täter hat seinem Opfer außer schweren Verletzungen am Kopfe auch noch die Finger einer Hand, die sie zur Abwehr vorhielt, zertrümmert. Die Vernehmung der Frau kann voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Nach der Ermittlung hat der Täter in der beschriebenen Richtung bereits am Sonntag, 8. Februar, in den Orten zwischen Wörrethaus und Varatheide eine sogenannte Sammeljahrt gemacht. Augenzeugen haben berichtet, daß die Frau D. in der Dämmerung hinüberströmte auf der Chaussee hin und her gerannt ist. Von ihrem dunklen Kostüm, daß sie trug, schloffen sie, daß es wohl eine der in der Gegend sich aufhaltenden Zigeunerinnen sei.

Neumärker. Lohnende Revision. An der Umgegend wurden bei den Landwirten in den letzten Wochen Nachforschungen der angegebenen Korn- und sonstigen Bestände von den Besörden unter Einsichtigung von Militär vorgenommen, die zum Teil von Erfolg gekrönt sind. Bei dem Hofbesitzer Wauer in Groß-Rummelsdorf wurden im Backhaus eine große Menge Korn sowie 14 geräucherter Schinken gefunden, die einem weiteren im gleichen Dorfe Korn. Die gefundenen Vorräte sind beschlagnahmt worden.

Halm. Eine Fucht ins Gefangenenlager zurück — ein bisher wohl kaum vorgekommener Fall — verurteilte ein rufführender Kriegsgesessener, der bei einem Landmann in der Umgegend Gerdings gut aufgehoben war. Er wurde aber schon in Halm festgenommen. Er hatte geklaut, daß er nach Friedensrückkehr ins Gefangenenlager in die Heimat zurückgeführt wurde als vom Bauern, und daher freiwillig nach Gütrow zurück wollte.

Norben. Ein folgenschwerer Bootsunfall ereignete sich auf dem Watt bei Ostermarck. Zwei Söhne des Lehrers B. e. e. hatten mit den ihnen besitzenden Söhnen des Lehrers B. e. e. eine Bootsfahrt unternommen. Das Boot wurde später gefahren aufgefunden. Auf der Fahrt über die See war ein mit dem Eiernen Kreuz 1. Klasse ausgerüsteter Ansatze im Boot besunden haben, so daß fünf Personen ihr Leben einbüßten haben.

Oldenburg i. Gr. Heberlieh wurde der Inhaber eines kleinen Schmelzwerkstätten. Bei ihm erlitten ein besser gekleideter Herr und wünschte ein Paar neue Schuhe zu kaufen. Der Geschäftsinhaber lehnte das mit dem Bemerkten ab, neue Schuhe müßten nicht mehr vorhanden. Da erbot sich der Herr, einige Pfund Speck und Butter zu liefern, wenn er dafür neue Schuhe erhalten könne. Der Geschäftsinhaber zeigte sich hierzu sofort bereit, hatte jedoch auch neue Schuhe zur Verfügung. Da entpuppte der Herr sich als ein Kriminalstrafmann, der nunmehr eine gründliche Hausdurchsuchung vornahm. Dabei entdeckte er ein großes Lager mit einem großen Vorrat neuer Schuhe. Der ganze Vorrat wurde daraufhin sofort beschlagnahmt und soll an die gering bemittelte Bevölkerung abgegeben werden.

Ernährungsfragen. Wünsche zur geplanten Ersatzmittel-Verschönerung in Preußen äußert die Presse der Nahrungsmitteleinrichtungen. Man hat aus diesen Kreisen selber Anträge auf Einführung des allgemeinen Nahrungsmittels für Ersatzmittel gestellt, aber es hat den Anschein, als wären die Kreise heute noch nicht wieder die auf diesen Gebiete so notwendige „ganze Arbeit“. Ein bekannter Nahrungsmittel-Fabrikant schreibt der Tageszeitung für Nahrungsmitteleinrichtungen: „Ich fürchte, daß die Verschönerung ähnlicher lauten wird, wie sie in Schaffen besteht, wonach der Fabrikant seine Fabrikate nicht eher in den Handel bringen darf als sie verschönert sind. Dadurch entsteht für den Fabrikanten die Verpflichtung, daß er einen Betrieb vielleicht auf Wochen hinaus einstellen und die in der letzten Zeit mit großer Mühe zusammengekauften Arbeitskräfte entlassen muß, die er wieder nicht wieder gewinnen kann. Es müßten deshalb seitens der Fabrikanten Schritte

getan werden, um einer derartigen Sperre der Fabriken vorzubeugen. Ich selbst beschäftige zirka 200 Leute, die es schwer und bitter empfinden müßten, wenn eine Unterbrechung der Arbeit erfolgen würde. Es sollte demnach gestattet sein, die Fabrikate zunächst weiter verlaufen zu dürfen, bis die Genehmigung erfolgt ist.“ Dieser Ausweg ist selbstverständlich nicht gangbar. Es müßte gar nichts, wenn ein Ersatzmittel zunächst zum Handel zugelassen und nachträglich verboten wird. Bei Erlaß des Verbots sind dann Rohstoffe und Arbeitskraft, Verpackungsmaterial vergebend, von den Beschädigten der Verbraucher durch minderwertige oder gar gefährliche Ersatzmittel ganz abgesehen. Es ist technisch unbedenklich, eine Ware nachträglich aus dem Verkehr zu ziehen. Nachdem die Herstellung der Suppenwürfel Marke „Königin“ verboten war, konnte man noch während eines halben Jahres bei den Kleinhändlern dieses fragwürdige Präparat kaufen. Auf alle Fälle bedeutet ein nachträgliches Verbot eine große Schädigung des Kleinhandels, dem seine Ware liegen bleibt oder der nach Bekanntwerden des Verbots dem Verdacht ausgesetzt ist, verbotene Ware zu führen. Damit niemand geschädigt werde, weder der Fabrikant noch der Groß- oder Kleinhändler, noch die Verbraucher, muß dem Vorschlag des Kriegsausschusses für Konsuminteressen entsprechend nicht der Handel, sondern die Herstellung genehmigt werden. Sonst bleibt die zu erwartende Verschönerung wieder eine Halbschheit und an Halbschheiten haben wir schon gerade genug!

Genossenschaftsbewegung.

Die Tätigkeit der Konsumvereine während des Krieges hat bekanntlich überall Anerkennung gefunden. So bringt u. a. auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Sprachrohr der preussischen Regierung, folgenden Artikel:

Zu einer besonderen Hochschätzung sind während des Krieges die Konsumvereine gelangt, die vorher zu den Genossenschaften gehörten, die unter dem Zeichen der Mittelstandspolitik vielfach bekämpft wurden. Während des Krieges hat der Konsumverein dem Konsumverbande vielfach wertvolle Dienste bei der Warenversorgung der Bevölkerung erwiesen. Die Produktivbetriebe der Konsumvereine haben häufig militärische Verwendung gefunden. Die Konsumvereine selbst haben die ganze Schwere der Lebensmittelversorgung zu spüren bekommen. Inmitten ist die Zahl der Konsumvereine nicht klein, die durch geschickte Dispositionen ihre Mitglieder auch während des Krieges haben verhältnismäßig gut versorgen können.

Auch eine andere Berliner Zeitung, die freisonnerartige „Post“, der man bislang wahrlich keine Konsumvereinsfreundlichkeit zum Vorwurf machen konnte, bringt einen Artikel, der die Tätigkeit der Konsumvereine würdigt und es als eine wichtige Errungenschaft des Krieges bezeichnet, daß sich unter den großen Genossenschaftsverbänden, die sich vor dem Kriege auf schärfste bekämpften, eine Annäherung vollzogen hat, deren Zweck es ist, unbeschadet der politischen Meinungsverschiedenheit gemeinschaftlich an der großen Aufgabe des Genossenschaftswesens zu arbeiten.“ Es steht zu erwarten, daß diese Anerkennung der Konsumvereine nicht ohne wohltätige Folgen für unser Wirtschaftsleben bleiben wird.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 13. Februar. (Amtlich.) Durch Verminnung von 22 000 Br. R. Z. erlitt der Transportverkehr unterer Feinde im östlichen Mittelmeer eine empfindliche Einbuße. Es handelte sich hauptsächlich um nach dem Orient bestimmte Transporte. Den Hauptanteil an dem stärksten Segenwehr zum Trost erzielten Erfolge hat Kapitänleutnant Zick.

5 Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen, 2 davon unmittelbar vor dem Hafen von Alexandria. Unter den übrigen versenkten Dampfern befand sich das erst 1916 gebaute Motorschiff Gienamoh (7259 B.-R.-Z.). Ein Dampfer hatte Baumwolle nach Marseille geladen, wie sich aus Aufschriß zahlreicher an der Untergerüststelle treibender Baumwollballen ergab. An Segelschiffen wurden vernichtet: die englischen Segler Apostolos, Andreas und Taziarchie.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Offen. Auf der Feste Konordia bei Oberhausen ereignete sich eine Explosion, wobei siebzehn Vergleute getötet, sechs schwer, drei leicht verletzt wurden. Ein Schießmeister wird noch vermisst.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co., Gmündlich in Lübeck.

Bekanntmachung betreffend den Verkauf von Kleidungsstücken für Männer.

Dem hiesigen Kommunalverband hat von der Reichsregierung eine Anzahl Bekleidungsgegenstände, Bekleidungsgegenstände, Bekleidungsgegenstände für Männer zur Verfügung gestellt, welche für die Deckung des dringenden Bedarfs der bedürftigen Bevölkerung bestimmt sind und in den nachfolgend bezeichneten Geschäften verkauft werden sollen.

Die Kleidungsstücke sind von ausdauernden Materialien verfertigt und werden zu geringen Preisen angeboten, welche ein besonderer Betrag-berechnungs-Messens bezeugen ist abgesetzt.

Die Bekleidungsgegenstände sind in der nachfolgenden Liste des Folgenden, Sonntag, den 12. Februar 1918.

- Das Polizeiamt.**
- Rasse der Verkäufer:**
- Otto Albers, Schmalz 10.
 - Ernst Diederichs, Niederstraße 25.
 - Ehlers & Beerwisch, Damburstraße 1.
 - Ang. Haerder & Co., Damburstraße 1-3.
 - Holsteinhaus, G. m. b. H., Damburstraße 25.
 - John. Holst, Kohnstr. 6.
 - Rudolph Karstadt, Große Straße 57-61.
 - Markmann & Meyer, Große Straße 44.
 - J. H. Pein, Markt 12.
 - Hans Struve, Ringstraße 22.
 - Spillie & v. Lübbmann, Damburstraße 17.
 - Otto Schilling, Damburstraße 1.
 - Gebr. Vandsburger, Damburstraße 11.
 - Max Kankel, Schmalz.
 - Jürgen Ramm, Schmalz.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

hat den am Freitag, den 15. Februar 1918, nachmittags von 12 bis 12 Uhr für die Knochenverkaufsstelle Nr. 104 bis 110.

Es wird hierher Verkauft der vom Krieg überlebten Knochen, die nicht mehr.

1918, den 12. Februar 1918.

Das Polizeiamt.

Verkauf von holländischen Hühnern.

Es soll weiteres werden vom Marktallenaufseher an allen Schwämmen in der Zeit von vormittags 8 1/2 bis 1 Uhr Bekleidungen und holländische Hühner entgegengenommen.

Der Preis beträgt Mk. 1.— für das Pfund.

Bei der Aufnahme sind die Fleischarten oder Lebensmittelarten der Hühner vorzulegen. Eine Berechnung auf die Fleischarten findet jedoch nicht statt. Die Ausgabe der Hühner erfolgt am Freitag und Samstag von 8 1/2 bis 1 Uhr. Der Kaufpreis ist bei Empfangnahme der Hühner zu entrichten.

Der Ernährungsausschuss.

Fackenburg Liedertafel.

Nachruf.

Am 11. Februar starb plötzlich unser Ehrenmitglied **Heinr. Lenkerstorff.**

Es sei seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 15. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von d. hiesigen Kapelle Stodtendorf aus statt.

Um rege Beteiligung bitten

(-1) **Der Vorstand.**

Karl Peters

geboren am 27. August 1862 in ...

Anna Peters geb. Schulz

geboren am 12. August 1862 in ...

Landwirtsch. od. Landjunge

Verkauf der Schulden ...

Bilderleisten

einmaligen

Zeitschriften aller Art.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

General-Versammlung

der **Lübecker Schweine-Versicherungsgilde**

von 1912

am Sonntag, dem 17. Februar nachmittags 3 Uhr

im Restaurant des Herrn Groß

Rattmischstraße 16.

Der Vorstand.

Stadttheater.

Donnerstag, d. 14. Febr. 1918

Der Troubadour.

Freitag, den 15. Februar 1918:

Mignon.

Sonnabend, den 16. Febr. 1918:

Was Ihr wollt.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Sonntag, d. 17. Februar 1918: Nachmittags 3 Uhr:

Keine Frau, die Hofschau spielerin.

AlleArbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Högl. des Rab.-Spara. Cuba.

Zeitschriften aller Art.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Wilson an Hertling.

Wir haben gestern bereits den wesentlichsten Teil der Rede Wilsons gebracht. Raummangel zwang uns jedoch, die längerer Ausführungen Wilsons über Hertlings Rede nur in knappem Auszuge wiederzugeben. Wir bringen nachstehend nun die diesen Punkt betreffenden Auslassungen Wilsons ausführlich:

Am 8. Januar hatte ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie unser Volk sie ausspricht. Der englische Premierminister hatte am 15. Januar in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Rede antwortete der deutsche Reichskanzler am 24. Januar und Graf Czernin für Österreich-Ungarn am gleichen Tage. Es ist erfreulich zu hören, daß unser Wunsch sobald verwirklicht wird, daß nämlich jeder Austausch der Ansichten über diesen großen Gegenstand vor den Ohren der ganzen Welt vollzogen wird. Die

Antwort des Grafen Czernin,

die der Hauptsache nach an meine Adresse auf meine Rede vom 8. Januar gerichtet ist, ist in einem sehr freundlichen Ton gehalten. Er erklärt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben an rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefern. Er soll angedeutet haben, daß die Ansichten, die er zum Ausdruck gebracht hat, zuvor mit mir in Verbindung seien, und daß ich zu der Zeit, da er sie äußerte, über sie unterrichtet gewesen sei. Hierin ist er aber sicherlich mißverstanden worden. Ich hatte keine Mitteilung von dem, was er zu sagen hatte, empfangen. Es war natürlich auch kein Grund vorhanden, weshalb er sich privatim hätte mit mir in Verbindung setzen sollen. Ich bin ganz zufrieden, zu seiner öffentlichen Zuhörerschaft zu gehören. Ich muß sagen,

Graf Hertlings Antwort

ist mir unbestimmt und sehr verwirrt. Sie ist voll zweideutiger Sätze. Es ist nicht klar, wohin sie führt, aber sie ist sicherlich in sehr verschiedenem Tone von der des Grafen Czernin gehalten und augenscheinlich mit einem entgegengelegten Zwecke. Sie bestätigt leider mehr den unglücklichsten Eindruck, als daß sie ihn befeitigt. Seine Erörterung und Annahme unserer Grundzüge führt ihn zu keiner praktischen Folgerung. Er weigert sich, auf die wesentlichen Punkte einzugehen, die sie seit jener endgültigen Kommando bilden müssen. Er ist mißtrauisch gegen eine internationale Aktion und gegen internationale Beratungen. Er akzeptiert, wie er sagt, den Grundsatz öffentlicher Diplomatie, aber er scheint darauf zu bestehen, daß sie im vorliegenden Falle auf Allgemeinheiten beschränkt werde. Daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiets- und Staatsoberhoheit jene Fragen, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den insoweit ihrer Natur nach nicht beteiligten Nationen erörtert und entschieden werden. Er stimmt der Freiheit der See zu, aber ist zweifelhaft über irgend eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er würde mit bedingungsloser Freude die Wirtschaftskräfte zwischen den einzelnen Ländern verknüpfen sehen, weil dies in seiner Weise den Restriktionen der Militärpartei, mit der er sich ansehend bemüht, gute Beziehungen zu unterhalten, hinderlich sein würde. Ebenfalls erhebt er Einwände gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit wird sich, wie er glaubt, durch die Wirtschaftslage, die dem Kriege folgen wird, von selbst regeln.

Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgelassen werden. Er will mit niemand als den Vertretern Russlands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Länder geschehen soll, sprechen, mit niemand als der französischen Regierung die „Bedingungen“, zu welchen das französische Gebiet gerettet werden soll, erörtern; lediglich mit Österreich will er besprechen, was mit Polen geschehen soll. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überläßt er, wie ich ihn verheißt, Österreich und der Türkei, und die Vereinbarungen, die hinsichtlich der nicht türkischen, dem gegenwärtigen Osmanischen Reich zugehörigen Völkern getroffen werden müssen, den türkischen Behörden allein. Nachdem ein Abkommen nach allen Seiten in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnisse erzielt wurde, hätte er, wenn ich seine Erklärung richtig auslege, keine Einwendung gegen die Liga der Nationen, die es unternehmen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen die Störungen von außen zu sichern.

Es muß für jeden, der erkennt, wie dieser Krieg die Meinung und Stimmung der Welt gestaltet hat, offensichtlich sein, daß auf

solche Weise unmöglich ein allgemeiner Frieden, ein Frieden, der die unendlichen Opfer dieser Jahre und der tragischen Leiden wert ist, erreicht werden kann. Die Methode, die der deutsche Reichskanzler vorschlägt, ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Was auf dem Spiele steht, ist der Weltfrieden. Was wir erringen wollen, ist eine Weltordnung, aufgebaut auf wesentlichen, allumfassenden Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit, nicht bloß ein Frieden von Mächten und Mächten. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Lebt er mit seinen Gedanken tatsächlich noch in der verflochtenen Welt? Hat er die

Reichstagsentscheidung vom 19. Juli

vollkommen vergessen, oder überfiehet er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfrieden hängt von einer gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf die ich in meiner kürzlichen Botschaft an den Kongreß hinwies. Ich meine selbstverständlich nicht, daß der Weltfrieden von der Annahme irgendeiner bestimmten Gruppe von Vorschlägen über die Art, in der diese Probleme gelöst werden sollen, abhängt. Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme jedes für sich und insofern die ganze Welt angehen, daß, wenn sie nicht im Geiste selbstloser, unbeeinflusster Gerechtigkeit gelöst werden, im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche sowie auf die Sicherheit des geistigen Friedens der betroffenen Völker, kein dauernder Friede erreicht werden kann. Diese Probleme können nicht getrennt in abgegrenzten Ecken erörtert werden. Niemand darf davon ausgeschlossen werden. Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht gezwungen ist, ist, wenn es in unrekter Weise gezwungen ist, keineswegs beigeleert und müde alsbald wieder von neuem angefangen werden. Ich sah Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt

im Gerichtshof der ganzen Menschheit

vertritt, daß alle erwachten Völker der Welt nun über all das zu Gericht sitzen, was jeder Staatsmann, gleichgültig welchen Landes, über die Folgen des Konfliktes sagt, der sich nach allen Seiten der Welt ausgebreitet hat?

Die Reichstagsentscheidung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Amerikaner noch Entschuldigungen oder strafweiser Schadenersatz geben, es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder Vereinbarung zwischen den Gegnern von einer Staatsoberhoheit an die andere ausverkauft werden. Nationale Ansprüche müssen beachtet werden. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung befreit und regiert werden. „Selbstbestimmungsrecht“ ist nicht eine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Völkerrechts, den die Staatsmänner künftig nur auf eigene Gefahr mißachten werden. Wir können keinen allgemeinen Frieden heben, nur weil wir ihn verlangen, oder durch einfache Vereinbarungen auf einer Friedenskonferenz. Er kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengelastet werden. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwas beteiligt sind, zusammensetzen: denn was wir suchen, ist ein Frieden, den wir alle gemeinschaftlich garantieren und aufrecht erhalten können, und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterworfen werden, ob er recht und billig, sowie ein Akt der Gerechtigkeit und nicht etwa ein Handel zwischen den Staatsoberhäuptern ist. Die

Vereinigten Staaten

haben keinen Wunsch, daß in europäische Anwesenheiten einmischen oder als Sachverständiger in den europäischen territorialen Streitigkeiten zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich der inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gerne hinnehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die Völkern, die sie vor sich sehen, nicht die besten oder dauerhaftesten sind. Sie sind lediglich ihre eigene provisorische Skizze der Grundzüge und Art, in der sie angewendet werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, zu Mitbetroffenen in den Leiden und der Ungebühr, die von den militärischen Herren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind. Die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr, wie sie irgend eine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zufällt, betreffen. Sie haben keinen Weg zum Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht wird. Dieser Krieg hat keine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen,

denen Einigkeit und Macht fehlte, um ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen müssen nun eingegangen werden, die solche Dinge künftig unmöglich machen. Diese Verpflichtungen müssen durch die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben und willens sind, sie um jeden Preis aufrechtzuerhalten, gestützt werden.

Wenn die Gebietsfragen und die politischen Beziehungen der großen Völker,

die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen mächtigen Regierungen, die sich für nächstbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie es Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Es ist soweit gekommen, daß in der veränderten Welt, in der wir uns nun befinden, die Gerechtigkeit und die Rechte der Völker das ganze Gebiet internationaler Beziehungen ebenso berühren, wie der

Zutritt zu den Rohmaterialien

zu billigen und gleichen Handelsbedingungen. Graf Hertling wünscht, daß die wesentlichen Grundlagen von Handel und Industrie durch gemeinsame Abkommen und Bürgschaften gesichert werden sollen. Er kann aber nicht erwarten, daß ihm dies gewährt wird, wenn die anderen Gegenstände, die im Friedensverträge zu verhandeln sind, nicht auf dieselbe Weise, nämlich am besten in der Abrechnung behandelt werden. Er kann nicht die Möglichkeit eines gemeinsamen Übereinkommens auf dem einen Gebiet verlangen, ohne es auf dem anderen zu gewähren. Ich nehme es als unverkündet an, daß er nicht eintritt, daß gesonderte und eigenmächtige Verträge in bezug auf Handel und die Hauptindustriestoffe keine Grundlage für einen Frieden bilden werden, und ebensowenig dessen vermag ich sicher zu sein, daß dies gesonderte, eigenmächtige Verträge in bezug auf Provinzen und Völkern sind.

Die Presse der Schwerindustrie.

Die sozialdemokratische Presse hat in ihren verschiedenen Stadien auf den Eroberungszug hingewiesen, den die annexionsfähige Schwerindustrie in die Welt des Zeitungswesens unternommen hat. Seit längerer Zeit ist die Schwerindustrie dabei, zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung Zeitungen aufzukaufen. Die Beispiele mehrerer Berliner Zeitungen, der „Meier-Zeitung“, des „Düsseldorfer General-Anzeiger“ und vieler anderer haben gezeigt, daß die Krupp und Konsorten weder Mühen noch Kosten scheuen, um sich eine nachhaltige Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu verschaffen. In letzter Zeit wurde bekannt, daß diese Ambitionen auch auf Österreich übergriffen. Nun ist die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ in der Lage, positive Angaben über die Eroberungen annexionsfähiger Schwerindustriellen jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle zu machen. Unser Wiener „Freundenblatt“ schreibt:

„Die Schwenkung, die das „Freundenblatt“ in seiner Haltung deutlich gezeigt hat, soll in das Lager der deutschen Schwerindustrie führen. Das wird an kleinen Neuerscheinungen klar. Der Generaldirektor der vier Eisenmühlblätter („Freundenblatt“, „Wiener Mittagszeitung“, „Ertrablatt“ und „Allgemeine Zeitung“), Herr Prinzhorn, trachtet das Geschäft in öffentlicher Meinung zu erweitern. Es ist jetzt im Augenblick kampfhaft bemüht, auch einige Provinzblätter in die Hand zu bekommen, insbesondere ein Prager Blatt, und wird dann die Blätter oder einen Teil dieser Blätter im Dienste der deutschen Schwerindustrie insbesondere der Rüstungsindustrie führen. Für dieses Geschäft hat er sich einen Mann gewonnen, der wohl nie Journalist war, den er aber doch nun als Verlagsleiter bestellt. Es ist dies der frühere Ritzbürgermeister von Graz, Herr Dr. Bercht, der als nationaler Bogt auf die Tintenkulplantagen des Herrn Prinzhorn gesetzt wird. Dieser Bercht hat den ehrenvollen Auftrag erhalten, alle jene Redakteure, die es nicht augenblicklich zuwege bringen, nach rechts zu schreiben, obgleich ihre Feder bisher hier und da nach links schreiben durfte, zu entfernen und durch „nationale“ Kronprinzenführer zu ersetzen. ... Der Kurs der Blätter soll künftighin, soweit es sich um Krieg und Frieden handelt, von Deutschland aus bestimmt werden, für die extrem-deutschnationale

Handel und Wandel.

Von F. W. Hadländer.

23. Fortsetzung.
In der Reihmehlschen Angelegenheit hatte ich der Schmieidin wieder sehr viel zu verdanken: sie brachte im weiblichen Kollegium, das sich täglich in meinem Zimmer versammelte, mit unerschütterlicher Kaltblütigkeit die fürchterlichsten Anklagen gegen den Prinzipal, gegen Philipp und namentlich gegen Jungfer Barbara vor, und motivierte dieselben aufs glänzendste, so daß selbst die Großmutter gestehen mußte: ja, es sei nicht das rechte Haus gewesen. — „Ach, Frau Pastorin,“ schluchzte die Schmieidin mit trocknen Augen, „ich hab' es ja immer gesagt, die Jungfer Barbara ist eine böseartige Person, und das arme Kind in dem finsternen unheimlichen Hause — nein, das war nicht zum Aushalten!“ — „Ja, ja,“ wiederholten meine Tanten, die Schneiders- und die Schülersfrau unisono, „das war nicht zum Aushalten!“

Mein Vormund aber, der mich von den Geschäften in seiner finstern Kanzlei gar ziemlich genau zu kennen die Ehre hatte, mochte nicht ganz dieser Meinung sein. Er hatte der Großmutter einen langen Brief geschrieben, aus dem man mir in betreff meiner nur die schonendsten, zartesten Stellen mitteilte, aus denen ich aber ernahm, daß es am ziemlichsten Gewitter für mich im Auge sei, das, wie es am Schluß des Briefes hieß, wahrscheinlich in der Person des Onkels und Vormundes nächster Tage anrücken werde.
Bei der sorgfältigen Behandlung, die man mir angedeihen ließ, machte ich in meiner Genesung rasche Fortschritte, und ich hatte noch nicht ganze vier Tage im Bette zugebracht, so erklärte mich der Doktor außer Gefahr und verordnete mir stärkende Suppen, ein Thema, das bei dem weiblichen Personal zu nicht wenig Streitigkeiten Anlaß gab. Der Arzt, ein bieder, gemüthlicher Herr, sah alsdann vor meinem Bette und leitete die stürmische Sitzung und gab zuletzt den Ausschlag.
Mein würdiger Prinzipal, Herr Reihmehl, hatte sich trotz all den Unbilden, die ich ihm zugefügt, doch zuweilen nach meinem Befinden erkundigen lassen, sogar, wie die Sage aus dem Munde unserer Hausmutter lautete, war eines Nachmittags eine schonenartige Gestalt erschienen, deren Aeußeres, wie sie beschrieben wurde, viel Ähnlichkeit mit Philipp hatte. Ich hätte alle die Besuche darum gegeben, wenn ich nur über das Schicksal meines Freundes Burbus etwas hätte erfahren können. Daß er noch in der Stadt war, mußte ich glauben; er hatte mir ja feierlich versprochen, mich vor seiner Abreise heimzusehen. Mir war der Doktor wirklich im Gegenlag zu den dünnen, trocknen Steppen des Reihmehlschen Hauses erschien mir mein Freund wie ein jählicher Rajah auf dem freilich viel Unkraut wücherte. Neben meiner

Freundschaft für ihn quälte es mich auch, etwas über die Laternegeschichte zu erfahren. Wenn ich an das Polizeigericht dachte, überließ es mich kalt, und ich sah den armen Doktor schon im Geiste in den Krallen der heiligen Hermandad. Unter diesen Umständen war es mir ein Bedürfnis, meine Freundschaft für mich den Meinigen gegenüber ins hellste Licht zu setzen. Zuerst eroberte ich das Herz der Schmieidin zugunsten des Doktors; die Schmieidin influirte sofort auf die Tante und es gelang, sogar die Großmutter etwas weniger für ihn einzunehmen. Bei der alten Frau aber tat der Name mehr, als was ich von seiner Persönlichkeit zu erzählen wußte.
„Burbus!“ sagte sie und nahm eine Priese aus der gräßlichen Dose; „Burbus!“ wiederholte sie und schob die Brille in die Höhe, wie sie immer zu tun pflegte, wenn sie nachdachte. — „Mama,“ sagte die Tante, „erinnern Sie sich? Burbus, so hieß der alte Müller, von dem Vater Lamprecht die Wähle kaufte.“ — „Ganz recht,“ sagte die Großmutter nachdenkend; „ich habe ihn mit meinem Mann zeitig oft besucht. Jamohl, jamohl, die Wähle gehörte auch zu unserem Pfarrdorf; wird wohl der Burbus sein.“ — „Gewiß,“ rief ich, „er hat mir einmal erzählt, kein Vater sei Müller gewesen.“ — „Auch erinnere ich mich,“ fuhr die Großmutter fort, „damals einen kleinen pausbäckigen Jungen gesehen zu haben, der vor der Tür spielte.“ — „Ja, Großmutter,“ sagte ich, „das wird er wohl gewesen sein.“ — „Und jetzt geht es ihm so schlecht!“ seufzte die Schmieidin dazwischen. „Das arme, arme Kind!“ — „Ritt Sie, Schmieidin!“ rief die Großmutter etwas ärgerlich, „fang Sie nicht wieder an zu lamentieren! Was Kind! Das sind jetzt dreißig Jahre her.“ — Die Schmieidin legte die Hand aufs Herz und schweig.

17.

Verlobung und Ehelut.

Im Reihmehlschen Hause war auf die gestrige fürchterliche Katastrophe tiefe Ruhe gefolgt. Fanny lag in ihrem Korb und ruhte von der Laternestrapaze aus; aber manchmal zuckte sie zusammen und öffnete das Maul zu einem leisen Seufzen, eine trübe Erinnerung an schreckliche Stunden. Philipp, den nach der schlimmen Nacht im Arrest Barbaras außerordentlich herzliche Begrüßungen, eines starken und guten Kaffees nicht zu gedenken, vollkommen restauriert hatten; stand wie gewöhnlich wieder hinter dem Cabanisch in seiner ganzen Glorie. Das Strohdachhähnchen seiner Frau war sorgfältig hergestellt, eine neue Sattlung wurde ihm und Barbara hatte an der Stelle der in der Nacht verloren gegangenen Pantoffeln ihre eigenen Hauschuhe hergegeben, die warm und dicht, Füße und Herz des unglücklich verheirateten aufs sanfteste erwarnten. Gegen Mittag aber kam ihm eine Nachricht zu, die ihn wieder bedeutend aufregte, da sie mit den Ereignissen der verflochtenen Nacht offenbar

im engsten Zusammenhang stand. Eine Magd aus dem Nachbarhause, die in den Laden kam, erzählte ihm, am Morgen sei Doktor Burbus auf die Polizei gerufen worden, habe sich aber mit Krankheit entschuldigt; als man nach Verfluß einer Stunde der Polizeikommissar selbst sich eingefunden, um sich von der Wahrheit des Vorgehens zu überzeugen, sei der Doktor verstimmt worden, und eben jetzt befinden sich Gerichtsschreiber und Urkundsperren drüber in seinem Zimmer, um die Pfändung seiner Habe vorzunehmen, welches Geschäft ihm wohl beendigt sein werde. Philipp faltete die Hände, als er dies vernahm, und sein erster Gedanke war, daß doch auch bei der Justiz Gerechtigkeit zu finden sei, und seine zweite Regung war Mitleid mit dem, der sich oft so schwer an ihm verjündigt.
Der Prinzipal, den der Gang auf die Polizei aus dem gewöhnlichen Geleise seiner Geschäfte gebracht, war heute morgen, statt um sieben, erst um elf Uhr nach einer langen Unterredung mit Jungfer Barbara in den Garten gegangen, und erschien offenbar sehr zerstreut. Seit zwanzig Jahren vergah er zum erstenmal keine Tasse ohne nach dem alten Gemen zu rüthen, nach auf der gewöhnlichen Stelle keine Priese, betrachtete den großen Strauch neben der Sonnenuhr kaum mit einem flüchtigen Blick und beklagte keinen der jungen Obstbäume mit der schlaffen Hand. Und an dieser ganzen Verrückung seines Wesens war nicht mein Zutritt aus dem Hause schuld, auch nicht die Entdeckung des unglücklichen Philipp, sondern die Unterredung mit seiner Schwester, der Jungfer Barbara, die ihrem überströmenden Herzen gegen den Bruder Luft gemacht und ihm erklärt hatte, Philipp liebe sie und da auch ihre Gefühle mit dieser zarten Neigung harmonierten, so sei sie entschlossen, seinen Forderungsbogen zu geben und als seine Ehegattin mit ihm fortzuziehen, wenn der Bruder auf diese Eröffnung hin nicht geneigt sei, keinen früheren Gehilfen als Kompanion ins Geschäft zu nehmen.
Dies überlegte Herr Reihmehl, während er im Garten auf und ab lief. Die Sache beschäftigte seinen Geist gewaltig. Der sonst so reinliche Mann absteck der Kaiserkrone im Garten nicht, sondern trachte unerschrocken durch die Wege, so daß seine weißen Strümpfe und schwarzen kurzen Beinweider bald so beprägt ausliefen, als wäre er Kurier geritten. Wenn ihm auch Philipp als Schwager nicht fonderlich behagen mochte, so bedachte er dagegen, daß seine Schwester die Hälfte des Vermögens ansprechen könnte, und daß er bei einer Trennung vielleicht nicht so bald wieder eine Gehilfen fände wie Philipp. Diese Gründe stimmten am Ende Herrn Reihmehl zugunsten seiner Labendieners, jedoch jagte er zuvor noch das Schicksal um Rat, indem er eine Reihe junger Obstbäume, deren Anzahl er nicht auswendig wußte, mit sich ließ oder nicht? durchdachte, und als ihm der letzte dieser Bäume, leider ein migratorer, halb verrotteter junger Apfelbaum, ein bestimmendes Ja zuflüßerte, war Herr Reihmehl end-

